

## AUSSPRACHE

### Gelebte Demokratie — auch in der Gewerkschaft

In diesen Wochen wird wieder über die Reform des DGB diskutiert. Die Zeit drängt, denn im November dieses Jahres findet der nächste DGB-Kongreß in Hannover statt. Der letzte Kongreß faßte klare Beschlüsse, die dem Bundesvorstand und auch der breiten gewerkschaftlichen Öffentlichkeit Auflagen machten. Erinnerung wir uns an diese Beschlüsse:

1. Die Grundlagen der gesamten gewerkschaftlichen Organisation sind zu überprüfen, insbesondere inwieweit eine Anpassung an die seit 1949 veränderte gesellschaftliche und politische Situation in der Bundesrepublik notwendig und möglich ist.

2. Die Satzung soll überprüft und Änderungen sollen vorgeschlagen und

3. unverzüglich mit der Koordinierung aller gewerkschaftlichen Fragen begonnen werden.

Die Antragskommission des letzten Kongresses begründete ihre Empfehlung auf Annahme dieser Anträge damit, daß es zweckmäßig sei, die Organe zu beauftragen, sich mit der Überprüfung der Organisationsform zu beschäftigen und alsbald geeignete Vorschläge zur Diskussion zu stellen. Diese Vorlage der Vorschläge solle so schnell wie möglich erfolgen, damit Funktionäre und Mitgliedschaft vor dem nächsten Kongreß ausreichend Zeit hätten, dazu Stellung zu nehmen.

Es ist also eine Diskussion über die Fragen des Grundsatzprogramms und der Organisationsform zu erwarten, und es wäre zu wünschen, daß diese Diskussion bald und gründlich einsetzt. Ganz sicher werden die Ge-

werkschaften auf ihren Tagungen, die noch vor dem Bundeskongreß stattfinden, darüber diskutieren, und so bleibt zu hoffen, daß der nächste Kongreß eine neue Entwicklung im Verhältnis des DGB zu den Gewerkschaften einleitet, die Grundlagen unserer Arbeit zukünftig eindeutiger werden und das Grundsatzprogramm wieder die Basis der gewerkschaftlichen Aktivität darstellen wird.

Ob der Bundeskongreß alle Hoffnungen erfüllt, liegt sicher auch mit daran, inwieweit sich die breite Mitgliedschaft und die Funktionäre in die Diskussion einschalten und sie mitgestalten, so, wie es nach der Satzung möglich und für das Funktionieren der innergewerkschaftlichen Demokratie unerlässlich ist. Wie steht es aber mit der innergewerkschaftlichen Demokratie, mit unseren demokratischen Grundsätzen? Werden die demokratischen Spielregeln auf allen Ebenen der Organisation eingehalten? Ist bisher alles geschehen, um die Demokratie in den Gewerkschaften lebendig zu machen? Daneben steht für Großorganisationen wie die Gewerkschaften die Frage, ob es möglich ist, bei Einschränkung des Einflusses der notwendigen Apparatur, die das Gerüst der Organisation darstellt, eine wirkliche Demokratie durchzusetzen. Oder ist die Gewerkschaft, wie es uns vorgeworfen wird, nur eine Masse von mehr als 6 Millionen Mitgliedern und stellen diese Mitglieder ausschließlich einen Resonanzboden dar für eine im Grunde unkontrollierte und willkürliche Führung?

Über dieses Verhältnis der Gewerkschaftsführung, der Funktionäre zur Mitgliedschaft wird viel geschrieben und diskutiert, besonders gern von Gegnern der Gewerkschaften, die oft mit durchsichtigen Argumenten in der Öffentlichkeit agieren, ganz abgesehen von denen, die die Gewerkschaft bereits in der „Sackgasse“

wählen. Wir selbst sollten mit aller Objektivität untersuchen, wie es mit den aufgeworfenen Fragen steht und positive Kritik üben, also Lösungen herausarbeiten, wenn der komplizierte Mechanismus der Massenorganisation nicht auf allen Ebenen funktionieren sollte.

### *Gelebte Demokratie ...*

Welche Bedeutung hat der einzelne im demokratischen Staat, wie ist ihr Verhältnis zueinander und was muß getan werden, damit Gleichgültigkeit, falsche Hoffnung, Abneigung oder gar Zorn aufhören, wenn vom Staat die Rede ist? Der einzelne ist auf die Gemeinschaft angewiesen. Diese Gemeinschaft bedarf einer gewissen Ordnung, einer Organisation. Eine der Organisationsformen ist der Staat. Er ist nichts Übermenschliches, Mystisches oder Mythisches, sondern ein Gebilde, das von Menschen geformt wird und das ihnen dient, ein System der Herrschaft des Volkes.

Während in den totalitären Systemen der Staat ein Zustand, eine feste Anstalt ist, ist der demokratische Staat ein Prozeß fortgesetzter politischer Integration, der in jedem Augenblick neu vollzogen wird, bei der alle immer neu das Entscheidende zu sagen haben. Politik ist Angelegenheit aller und nicht mehr einigen Privilegierten vorbehalten. Jeder hat Rechte — jeder hat Pflichten. Demokratie beginnt beim einzelnen und sie hört auf zu existieren, wenn dieser versagt. Demokratie ist keineswegs nur ein Problem der Organisation; das ist ein Mißverständnis. Demokratie ist auf die Bereitschaft des einzelnen angewiesen, an einem gemeinsamen Schicksal mitzuformen. Wer unser heutiges Leben bestehen, frei sein und frei bleiben will, der muß in weitem Sinne politisch werden. Politik ist lebensvolle Wirklichkeit. Der Alltag wird von ihr bestimmt. Wenn etwa die Mieten oder der Brotpreis festgesetzt wird, ist das nicht auch Politik? Der einzelne muß über die Einhaltung seiner Grundrechte wachen. Wo er es nicht tut, da ist die Demokratie gefährdet.

### *... auch in der Gewerkschaft*

Die Gewerkschaften sind ein wichtiger Faktor in der sozialen und demokratischen Entwicklung unseres Landes. Niemand wird ihnen ihre Verdienste bestreiten und ihre wachsende Bedeutung innerhalb unserer Gesellschaft unterschätzen. Die Mitarbeit der Gewerkschaft bei der Gestaltung des demokratischen und sozialen Bundesstaates — wie die Bezeichnung der Bundesrepublik nach dem Grundgesetz lautet — ist nicht nur eine selbstbestimmte Aufgabe, sondern für die Demokratie lebenswichtig. Wie kann die Mobilisierung der in den Gewerkschaften vorhandenen Kräfte im Sinne der Menschlichkeit und der Demokratie wirksam gesteigert werden? Die Antwort darauf ist schwierig und sie bedarf der vorherigen Untersuchung des jetzigen Zustandes.

Betrachtet man das gewerkschaftliche Leben der letzten Jahre, dann kommt man zu der Feststellung, daß sich nur ein kleiner Teil der Mitglieder aktiv beteiligt. Das hat zur Folge, daß nur dieser kleine Teil alle Funktionen besetzt und die übrige Mitgliedschaft zu „Nur-Beitragszahlern“ werden, die jeden Einfluß auf die Gewerkschaftspolitik preisgeben. Dem Mitglied kann nach der Satzung ein noch so großes Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrecht eingeräumt werden — es ist bedeutungslos, wenn das Mitglied von seinen Rechten keinen Gebrauch macht.

Erklärungen für das mangelnde Interesse und Ausreden für den einzelnen gibt es genug, und die Untersuchungen darüber gipfeln meistens in der Feststellung, daß das Materielle Überhand über das Geistige bekommen hätte. Liegt hierin auch der Grund für die „Gewerkschaftsmüdigkeit“? Das ist eigentlich kaum vorstellbar, denn die Gewerkschaften waren es schließlich, die für die Verbesserung der Lebensbedingungen eintraten und auch sichtbare Erfolge erzielten. Es muß also noch andere Gründe geben.

Sehen wir uns einmal die Möglichkeiten des Mitgliedes bei der Gestaltung der Gewerkschaftsarbeit auf der untersten Ebene an. Dem demokratischen Aufbau der Gewerkschaft entsprechend sind in den Betrieben und Nebenstellen Delegierte zu wählen, die in der Verwaltungsstelle Beschlüsse zu fassen und Meinungen herauszubilden haben. Wie kommen diese Delegationen zustande? In vielen Fällen wird überhaupt nicht mehr oder nicht mehr richtig gewählt, sondern die „verdienten“ Kollegen fahren hin, weil sie schon immer hingefahren sind, vielleicht auch, weil sie gerade Zeit haben. Die untere Funktionärshierarchie nimmt sich also Rechte heraus, die ihr nicht zustehen. Die Mitglieder und Vertrauensleute lassen es sich gefallen oder man verhindert, daß sie sich entfalten. Es gibt aber keinen Zweifel, daß junge Menschen in genügender Zahl vorhanden sind, die sich bereit erklären, verantwortlich mitzugestalten. Sie zur Mitarbeit zu bewegen, heißt aber nicht, ausschließlich von ihnen zu erwarten, daß sie Versammlungen besuchen, Flugblätter verteilen, Plakate kleben und Mitglieder werben. Man sollte ihnen daneben, wenn es auch ein gewisses Risiko bedeutet, Verantwortung übertragen, ihnen Funktionen geben. Dadurch würde die notwendige Bindung der jungen Generation an die Demokratie hergestellt, die für sie lebenswichtig ist.

### *Die Funktionäre ...*

Wir müssen Menschen finden, die die großen und größer werdenden Aufgaben verantwortlich mittragen. Haben wir alles getan, um sie zu finden? Zu viele Funktionen sind in wenigen Händen. Wir schirmen uns dadurch ab vor dem eigentlichen Willen der Mitglied-

AUSSPRACHE

schaft. Die gewerkschaftlichen Funktionen müssen auf eine viel breitere Basis gestellt werden. Das gilt auch für die politische Tätigkeit der Gewerkschaftsmitglieder. Sicher müssen auch Sekretäre unserer Gewerkschaft in den Parlamenten und Fraktionen sitzen; das ist in gewissem Umfang notwendig. Aber auch da gibt es Grenzen. Die gewerkschaftliche — im Falle der Hauptamtlichen die berufliche — Arbeit kommt zu kurz, wenn man parlamentarische, politische, sozialpolitische und gewerkschaftliche Arbeit gleichzeitig verrichtet.

Wenn es stimmt, daß die Legitimation der gewerkschaftlichen Aktivität in unserer politischen Ordnung darin besteht, die Verwirklichung der demokratischen Integration zu bringen oder wenigstens, daß die Gewerkschaft zur demokratischen Integration beiträgt, dann muß erwartet werden, daß die Gewerkschaft dem Staat, den Parteien gegenüber ein internes Organisationsleben vorexerziert, das im demokratischen Sinne vorbildlich ist.

### *... und der Apparat*

Dazu ist es unerlässlich, daß der Wille der Gewerkschaftsführung durch einen Prozeß fortlaufender Information und Diskussion mit den Meinungen der Mitglieder in Übereinstimmung gebracht werden muß. Das ist ein Problem der inneren Organisationsarbeit, vielleicht das schwierigste Problem überhaupt. Es läßt sich aber nicht dadurch lösen, daß man behauptet, der einfache Mensch könne sich in den schwierigen sozialen und politischen Fragen der Gegenwart keine Meinung bilden, da ihm der Sachverstand fehle. Es kommt vielmehr darauf an, inwieweit wir überhaupt in der Lage sind, ihm komplizierte Fragestellungen verständlich zu machen, und es hängt ab von der Klarheit der Alternativen, die gestellt werden.

Die Verbindung des Mitgliedes über die Funktionäre bis hinauf zur gewerkschaftlichen Führungsspitze muß also gewährleistet sein, man muß sich verstehen, die gleiche Sprache sprechen. Das Mitglied darf sich nicht durch den Apparat „verwaltet“ fühlen, oder besser, es darf sich nicht verwalten lassen. Es hat Rechte — es hat Pflichten. Wie als Bürger im Staat. Die gleiche Gefahr, wie sie sich für die Demokratie durch die Bürokratie darstellt, besteht auch in der Gewerkschaft durch die Gewerkschaftsbürokratie, durch den Apparat, wie man sagt. Wir müssen verhindern, daß die Gewerkschaft als lebendiger demokratischer Integrationsfaktor durch die Gewerkschaftsbürokratie zu einer geschäftsmäßigen Dienstleistungsorganisation wird. Auch hier ist die Kontrolle durch den einzelnen nötig, sicher auch Zivilcourage und Selbstbehauptungswille. Das Büro der Gewerkschaft und ihre Angestellten sind dazu da, die Mitglieder zu betreuen, sie zu beraten, ihnen zu dienen, nicht aber, sie zu verwalten.

### *Was möglich ist*

Drei Dinge sind es, die für das Verhältnis des Staatsbürgers zum Abgeordneten einer Partei wie auch für den Gewerkschafter als Mitgestalter der Gewerkschaftspolitik Gültigkeit haben:

Erstens, wir müssen einen staatsbürgerlichen Willen haben. Im Verein mit unseren wohlbegründeten Lebensanschauungen und unseren Interessen können wir uns eine vernünftige Meinung über die Probleme der Gesellschaft und der Zeit nur bilden, wenn wir uns durch Presse und andere Nachrichtenmittel informiert halten. Sie alle müssen unabhängig sein, sie dürfen nicht gegängelt werden. Information ist ein Kernstück der Freiheit.

Zweitens, daß wir unseren so gebildeten Willen, der nicht starr ist, sondern sich den wechselnden Aufgaben anpaßt, ohne bleibende Grundsätze aufzugeben, tatsächlich zum Ausdruck bringen — wirksam, wenn auch anderen gegenüber verständig und tolerant. Durchsetzen können wir ihn durch die Mitarbeit in der Gewerkschaft, in der uns zusagenden Partei und bei Wahlen.

Drittens, daß wir die Kollegen, die Männer und Frauen, die unseren Willen geltend machen sollen, selbst kennen. Der Delegierte, Abgeordnete, Wahlfunktionär, ein sichtbarer, nicht bloß selbst redender, sondern auch ansprechbarer Mensch, muß vor uns hintreten, um uns zu sagen, wer er ist, woher er kommt, worauf er hinauswill. Wir müssen die Möglichkeit haben, ihn das nächste Mal abzuwählen, wenn wir mit ihm unzufrieden sind.

Mit allen drei Voraussetzungen ist es bei uns noch nicht zum besten bestellt. Andererseits sollte man nicht auf den Staat, auf die Parteien und auch nicht auf die Gewerkschaft samt ihren Funktionären schimpfen, wenn man als einzelner von den vielen Möglichkeiten der Freiheit keinen Gebrauch macht.

Die Gewerkschaft braucht viele Mitglieder zur verantwortlichen Mitgestaltung ihrer Arbeit; sie ist darauf angewiesen, wenn sie ihre Aufgabe als Ordnungsfaktor dieser Gesellschaft erfüllen und zur Integration der Demokratie beitragen will. Die Möglichkeiten der Mitwirkung für den einzelnen sind immer gegeben, so zum Beispiel bei den Wahlen der Betriebsräte oder der Vertrauensleute.

In regelmäßigen Abständen müssen die Delegierten für die Hauptversammlungen auf der untersten Ebene der Organisation gewählt werden. Diese wiederum wählen dort ihre Vorstände und auch die Delegierten für die Gewerkschaftstage und Kongresse, die obersten Organe der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften im DGB und der DGB sind demokratisch aufgebaut. Jeder muß dafür sorgen, daß diese Demokratie auch gelebt wird.

*Ewald Bergk, Hannover*